



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Bergedorf
Bezirksversammlung

Antrag öffentlich CDU-Fraktion - Bergedorf FDP-Fraktion Bergedorf SPD-Fraktion Bergedorf Grüne Fraktion Bergedorf Fraktion Die Linke Bergedorf	Drucksachen-Nr.: 21-1436
	Datum: 15.07.2022 Aktenzeichen:

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
	Regionalausschuss	13.09.2022

Sommerbad Altengamme – Jetzt für die Finanzierung der Sanierung sorgen

Sachverhalt:

A n t r a g
der BAbg. Garbers, Froh, Pelch, Capeletti, Woller und CDU-Fraktion
der BAbg. Meyns und FDP-Fraktion
der BAbg. Jarchow und SPD-Fraktion
der BAbg. Brodbeck, Stamer und Fraktion GRÜNE Bergedorf
der BAbg. Heilmann und Fraktion Die Linke

Die Stilllegung des Sommerbads, kurz vor Beginn der Badesaison 2022, war ein schwerer Schlag für die Bergedorferinnen und Bergedorfer. Nachdem es im letzten Jahr Probleme mit den Öffnungszeiten gab, und erst die Lösung mit den Transpondern hier Abhilfe schuf, hatten sich die Nutzerinnen und Nutzer in diesem Jahr auf eine ungestörte Badesaison gefreut. Leider kam es anders.

Sicher war die Schließung aufgrund der Gefährdungslage berechtigt. Leider liegt erst jetzt eine komplette Übersicht über die Mängel und die Kosten der Beseitigung vor. Am 6.9.2022 wurde dem Regionalausschuss eine Kostenschätzung für die Sanierung zugeleitet, die drei Optionen enthält. Während die Optionen 1+2 lediglich eine Sanierung des Nichtschwimmerbereichs vorsehen (die für alle Optionen gleichen Grundinstandsetzungen müssen nicht extra erörtert werden), sieht die Option 3 zusätzlich eine Sanierung des Schwimmerbereichs vor.

Die Antragsteller haben sich kurzfristig und intensiv mit der vorgelegten Mitteilung beschäftigt und streben eine nachhaltige und langfristig gute Lösung an. Daher sollte im Rahmen der Sa-

nierung auch der Schwimmbereich vernünftig hergestellt werden. Die Sanierung muss so durchgeführt werden, dass in den nächsten 10-20 Jahren keine zu hohen Pflege- und Folgekosten auftreten.

Bezüglich des Schwimmerbereichs ist auf den Bestandsbericht zu verweisen, der zwar ausführt, dass aus dem Zustand ein akuter Handlungsbedarf nicht abzuleiten sei. Eine Entrostung und Beschichtung der Stahlspundwand sei aber nicht nachhaltig möglich. Es käme also zwangsläufig, kurz- bis mittelfristig, zu einer erneuten Sanierungsmaßnahme. Insofern scheint es angebracht, jetzt sowohl die Sanierung von Nichtschwimmer- und Schwimmerbereich umzusetzen.

Es sollte im Rahmen der Sanierung auch noch eine 4., bisher nicht aufgezeigte Variante, die sich für die Antragsteller auch als weitere Möglichkeit aus dem Gutachten ergibt, mit in Betracht gezogen werden: diese würde neue Spundwände an allen Seiten des kompletten Bades vorsehen, so dass die Folgekosten für den Pflegeaufwand ggf. in den Folgejahren günstiger wären und das Bad insgesamt eine längere Lebensdauer hätte.

Während die vorgelegte Mitteilung der Verwaltung lediglich eine Priorisierung für eine der vorgestellten Optionen durch den Ausschuss vorschlägt, halten die Antragsteller es aufgrund des Zeitdrucks für dringend geboten, dass auch die Finanzierungsfrage kurzfristig angegangen und gelöst wird.

Petition/Beschluss:

Wir beantragen daher, der Regionalausschuss möge beschließen:

Die Bezirksamtsleiterin wird beauftragt:

1. zur Oktobersitzung dem RgA für die Variante 4 (an allen Seiten des kompletten Bades neue Spundwände aus Kunststoff) die Kosten vorzulegen, damit der Regionalausschuss sich im Oktober für eine der vier Optionen der Drs. 21-1467 aussprechen kann,
2. dem Regionalausschuss eine der genannten vier Varianten zur Umsetzung vorzuschlagen bzw. eine Reihung der genannten Varianten vorzunehmen. Bei diesen Vorschlägen sind insbesondere Gründe der Wirtschaftlichkeit, Langlebigkeit sowie zur Erreichung einer zukunftssichernden Lösung zu berücksichtigen,
3. dem RgA aufzuzeigen, ob die Sanierung von Nichtschwimmer- und Schwimmbecken auch in zwei Abschnitten durchgeführt werden könnte und ob dadurch Mehrkosten (z.B. für Baustelleneinrichtung) entstehen und in welcher Höhe,
4. Finanzierungsmöglichkeiten zu prüfen und dazu umgehend auch auf die zuständige Behörde zuzugehen, um die nötigen bzw. fehlenden Mittel einzuwerben.
5. in der Oktober-Sitzung des Regionalausschusses über das Ergebnis ihrer Bemühungen zu berichten.

Anlage/n:
